



Lasst Euch nicht verarschen, vor allem nicht von der IGM-Spitze!

GoG-Info

die GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel in Bochum

Nr. 52 - Juni 2007

VERZICHT lohnt NICHT !

Seit dem letzten „Zukunftsvertrag“ sind gerade mal zwei Jahre vergangen und nun stehen schon wieder Tausende von Arbeitsplätzen bei Opel auf der Kippe. „Eine Hochrechnung von General Motors Europa kommt zu dem Schluss, dass die Kosten mit dem Modellwechsel in zwei Jahren um mindestens 450 Mio. Euro sinken müssten“ (Capital 11.04.07). In den letzten 15 Jahren hat die Bochumer Belegschaft mit insgesamt vier sogenannten „Standort- und Zukunftsverträgen“ ihre Erfahrungen gemacht! Von Vertrag zu Vertrag sind wir ärmer und die Belegschaft kleiner geworden. All diese Verträge wurden mit Zustimmung der IG Metall abgesegnet.

Bedingt durch den „Zukunftsvertrag“ geht die Tarifierhöhung von 4,1% an der Belegschaft vorbei. **Für die Opel – Belegschaft gibt es erneut keine Lohnerhöhung,** (bis auf die Lohngruppe I, J) **da zahlt sich der „Zukunftsvertrag“ für den Unternehmer aus und Opel spart erneut Millionen von Euro ein!** Seit dem 12. April 2007 wird der Verzicht nun europaweit organisiert! „Nach Auffassung des Europäischen General Motors Arbeitnehmerforums sind die Arbeitnehmervertreter in der Lage eine mögliche finanzielle Lücke von

schätzungsweise 290 Mio. Euro zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Werke zu schließen“ (Presseerklärung EEF vom 12. April 2007). Letztendlich wird damit der Verzicht organisiert und nicht der konsequente Kampf gegen General Motors. Leider glauben immer noch zu viele Kolleginnen u. Kollegen an den Scheiß, man darf dem Unternehmer nicht all zu weh tun.

Unter der Voraussetzung, dass GM keine Werksschließung durchführt, sind die europäischen Arbeitnehmervertreter also bereit für GM den Profit zu sichern. Am 17.4.07, also fünf Tage nachdem die europäischen Arbeitnehmervertreter Verhandlungsbereitschaft über den Verzicht signalisiert hatten, gab C. P. Forster seinen Plan bekannt, ab 2010 keine Astras in Antwerpen zu fertigen. Noch in diesem Jahr werden in Antwerpen die Kapazitäten angepasst und die dritte Schicht mit 1.400 Arbeitsplätzen vernichtet!

GM fordert in allen Astra - Werken eine Reduzierung der Personalkosten um 30 Prozent. Die Fertigungsdauer des neuen Astras soll nur noch 15 Stunden betragen, somit kommt auf die Bochumer Belegschaft ein erneuter Personalabbau zu. Völlig offen ist, wo

GM in den nächsten Jahren weitere Kapazitätsanpassungen beim jetzigen Astra vornehmen wird. Bochum ist das einzige Astra - Werk, was noch in drei Schichten produziert.

Fortsetzung nächste Seite

Inhalt

Seite 2 u. 3

- Fortsetzung Seite 1
 - was verdient Franz
 - DGB Funktionäre stimmen ab-Rente mit 67
 - „G 8“ Gipfel - Protest
- #### Seite 4
- Selbstmorde bei Renault

was_wann_wo

GoG

jeden Dienstag, 17 Uhr
Bahnhof Langendreer,
Raum 6

Bochumer Sozialforum

www.kolabor.de/sozialforum
jeder letzte Montag im
Monat, 19 Uhr, Bahnhof
Langendreer, Raum 6

Montagsdemo

18.00 Uhr Husemannplatz

visdp: W. Hajek, co: soz.-kult.
Zentrum, Wallbaumweg 108

gog@conaktion.de

14 Arbeitstage lang hat die Antwerpener Belegschaft gestreikt! GM hat sich auf den Konflikt in Antwerpen schon lange vorbereitet und eine monatelange Bevorratung gefahren, damit die Produktion in Bochum u. Ellesmere Port nicht zum Erliegen kommt. Die Kolleginnen u. Kollegen brauchen die Solidarität der anderen europäischen Belegschaften, im besonderen über einen kleinen Aktionstag hinaus. Nur durch einen europaweiten Kampf können wir GM unter Druck setzen, denn auf die europäische Solidarität wird die Bochumer Belegschaft bei der nächsten Kapazitätsanpassung angewiesen sein. Unserer Meinung nach ist folgendes sehr wahrscheinlich:

1. Wo der neue Astra gebaut wird, stand längst fest! Die Manager entscheiden über den jeweiligen Ort der neuen Modell-Produktion nicht in erster Linie wegen der Lohnkosten (höchstens 15% der Gesamtkosten) und folglich auch nicht gemäß der günstigsten Verzichtsangebote von Belegschaften. Die Ausspielerei der 5 Standorte diente nur zur Erpressung von zusätzlicher Lohnsenkung und anderen Zugeständnissen.

2. Dass Bochum den Zuschlag erhalten hat, zeigt auch die Angst der GM - Bosse vor so einem Kampf wie 2000 und 2004 in Bochum und dem damit verbundenen Image - Verlust der Firma.

Hohe Gewerkschafts- funktionäre im Bundestag für die Rente mit 67 !

Der Rente mit 67 haben im Bundestag fast alle Abgeordneten der SPD gemeinsam mit der CDU zugestimmt. Diesem Lebenszeit- und Rentenklau zugestimmt haben auch zwei Drittel der SPD-Abgeordneten, die sich vorher als **hauptamtliche Gewerkschafts-**

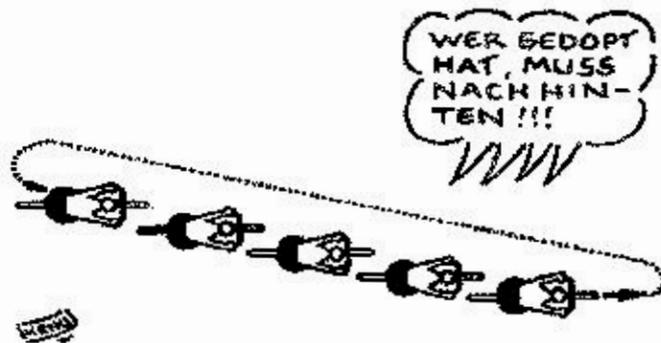
Was verdient Klaus Franz, der Vorsitzende vom BR Rüsselsheim, vom Gesamt-BR und Euro-BR?

Eigentlich das Große Opel-Verdienst-Kreuz ! Mit seiner Leit-Parole „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ hilft er wunderbar den GM-Bossen, wenn immer sie ein neues Sparprogramm durchsetzen wollen... Die Belegschaften müssen bezahlen, aber bitte alle gemeinsam, nicht nur eine... !

„ein bisschen Volkert ist überall, in den Großbetrieben...“

Im „Stern“ Nr. 19, vom 10. Mai 07 wird informiert: „Klaus Franz sagt von sich, er bekomme doppelt so viel wie ein gut verdienender Facharbeiter – und arbeite dafür zwölf Stunden am Tag und regelmäßig auch am Wochenende. Franz dürfte auf rund 8000 Euro brutto im Monat kommen.“ Herzlichen Glückwunsch!

EIN TEAM MACHT MOBIL IM ANTI-DOPINGKAMPF:



funktionäre von unseren Beiträgen bezahlen ließen.

Zum Beispiel **Walter Riester**, früherer Vize-Vorsitzender der IGM.

Zum Beispiel **Jörg Tauss**, vorher Sekretär in einer IGM-Bezirksleitung.

Zum Beispiel **Ute Kumpf**, vorher IGM-Bezirksleitung,

sowie **Franz Thönnies, Gerd Andres, Klaus Brandner, Karin Roth, Doris Barnet, Kurt Bodewig.**

So eine Sauerei hätte die IGM-Führung nicht verhindern können??? So war wohl die Kampagne gegen die Rente mit 67 nur eine Alibi-Veranstaltung...

Wir drucken diesen Aufruf von aktiven Gewerkschafter/innen ab, obwohl wir mit einzelnen Punkten innerhalb der GOG nicht alle einverstanden sind. Die meisten DGB-Gewerkschaftsführer rufen gar nicht zur Demo gegen das „G 8“ - Treffen auf. Der Protest aber ist dringend nötig.

Nein zu G8 - Gewerkschaften auf die globale Bühne!

Als GewerkschafterInnen aus vielen Ländern sind wir Teil des Protestes gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Wie keine andere internationale Institution sind diese jährlichen Gipfeltreffen Symbol der weltweiten neoliberalen Dominanz. Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immer schlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Millionen Menschen produzieren. Wir unterstützen den Protest gegen imperiale Machtstrategien und Kriege, gegen den Raubbau an der Natur und den immer bedrohlicher werdenden Klimawandel. Entgegen seiner Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts. Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit in Konkurrenz zueinander gebracht. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Als GewerkschafterInnen fordern wir daher:

- Die **Kernarbeitsnormen** sind ein Menschenrecht und müssen als Mindeststandards durchgesetzt werden. Dazu zählen die Rechte auf Bildung von Gewerkschaften und auf das Führen von Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und das generelle Diskriminierungsverbot in Arbeit und Beruf. Verstöße müssen öffentlich gemacht und mit harten Sanktionen belegt werden.

- **Gesetzliche Höchstarbeitszeit:** Arbeitsumverteilung ist das entscheidende Mittel gegen eine Arbeitslosigkeit von 200 Millionen Arbeitlosen und 1,4 Milliarden „working poor“ weltweit. Produktivitätsfortschritte müssen über Arbeitszeitverkürzungen zum gesellschaftlichen Fortschritt werden: die 30-Stunden-Woche ist das Ziel, die 40 Stunden-Woche muss weltweit gesetzliche Höchstarbeitszeit werden.

- **Mindestlöhne**, die es in einigen Ländern, wenn auch unzureichend, schon gibt, müssen zu weltweiten Mindeststandards werden. Mit jeweils 60% des nationalen Durchschnittlohns müssen sie globale Gültigkeit entfalten.

- **Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung** müssen aufgebaut bzw. vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt werden. Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zu Waren werden.

- **Betriebliche Schutz- und Beteiligungsrechte**

müssen gesetzlich geregelt werden, um Beschäftigten einen Mindestschutz vor Arbeitgeberwillkür zu gewährleisten. Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über ein gigantisches Erpressungspotential gegenüber Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte) und gegenüber nur nationalstaatlich agierenden Gewerkschaften. Aus dieser historischen Defensive müssen wir herauskommen, indem wir uns dem Kapital an die Fersen heften, Sprachschwierigkeiten und wechselseitige Unkenntnis überwinden und das Gemeinsame in unseren Interessen erkennen, grenzüberschreitend auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten und zu Protesten und Widerstand zusammenfinden, wie bei der Streikdemonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie, wie bei den internationalen Streiks der HafenarbeiterInnen und Seeleute und wie jetzt im Juni 2007 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm. Wir wissen, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Aber wir wissen auch, dass wir nur durch die Überwindung der Konkurrenz untereinander und mit Hilfe global handlungsfähiger Gewerkschaften dem global agierenden Kapital wirkungsvoll entgegentreten können.



Selbstmorde bei Renault

Unerträglicher Arbeitsstress

von Willi Hajek

Im französischen Guyancourt, dem Sitz des Renault-Technologiezentrums, gab es in den letzten Monate mehrere Selbstmorde. Das Management reagierte, indem es zunächst einen Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen bestritt. Doch selbst die Staatsanwaltschaft sieht das anders.

Am 16. Februar 2006 hatte Renault-Chef Carlos Ghosn, bekannt als Kostenkiller und Sanierer von Renault-Nissan in Japan, das Projekt „Renault Contrat 2009“ vorgestellt. Nach Umsatzeinbußen in den letzten Jahren soll das neue Programm zu einer Erhöhung der Gewinnspanne von rund 2,5 auf sechs Prozent bis zum Jahr 2009 führen. Renault will damit zum rentabelsten europäischen Auto-Konzern werden. Das Projekt beinhaltet u.a. 26 neue Modelle in den nächsten drei Jahren, davon dreizehn veränderte alte und 13 komplett neue Modelle, sowie eine Senkung der Montagezeit auf 15 Stunden pro Modell. Bislang werden in Guyancourt drei neue Typen pro Jahr entwickelt, künftig sollen es nun also mindestens acht sein.

Die Witwe von Antonio Barros, eines Ingenieurs, der sich aus dem Fenster auf dem Werksgelände von Renault gestürzt hatte, kommentiert: „Antonio wurde zermürbt durch einen unerträglichen Arbeitsstress, er fühlte sich tief entwertet trotz seines Engagements, das ihn dazu brachte, abends, am Wochenende und in der Nacht zu arbeiten. Das hat ihn fertig gemacht, die maßlose Antreiberei und die Nicht-Anerkennung.“

Vier Selbstmorde und ein Suizidversuch innerhalb der letzten vier Monate. Die Beschäftigten beschreiben Stress, Müdigkeit und Erschöpfung, Konkurrenz und Spannungen unter den Kollegen.

Wie konnte es zu diesen unerträglichen Arbeitsbedingungen kommen?

Immer wieder in den letzten Monaten wurden die Arbeitshetze, die psychischen Belastungen, das Mobbing, die endlosen Arbeitszeiten und kaum zu schaffenden Zielvorgaben von einzelnen Gewerkschaften im Betrieb angesprochen. Aber auch bei Renault gibt es unter den Gewerkschaften keine gemeinsame Haltung gegen diese Arbeitsbedingungen: SUD und CGT versuchen Öffentlichkeit zu diesem Thema herzustellen und die Kollegen zum Widerstand zu ermuntern. Doch es gibt auch Gewerkschaften, darunter vor allem die CFDT, die der Abschaffung der Pausen zugestimmt haben – diese werden nun in Geld ausbezahlt oder ans Ende der Schicht gelegt – und die Erpressungsschiene des Unternehmens mitmachen.

(...) noch abends nach 20 Uhr finden Teambesprechungen statt, das Essen wird in die Besprechungen bestellt, der Arbeitstag dauert oft von 7.30 Uhr bis 21 Uhr. Sich dem Arbeitsrhythmus verweigern, obwohl dieser teilweise ungesetzlich ist, heißt, die Unternehmensziele zu sabotieren. Genau diesen Zwangsgemeinschaftsterror nach dem Muster des japanischen Produktionsmodells versucht Carlos Ghosn bei Renault in die alltägliche Praxis umzusetzen.

Auffällig ist auch, dass es die Frauen der Beschäftigten sind, die bei den Gewerkschaften anrufen und sie auffordern, ihren Männern zu helfen, die offensichtlich kaum mehr in der Lage sind, selbst Widerstand zu leisten, sich diesen Anforderungen zu verweigern: „Helft unseren Männern, sie sind fertig. Wir haben Angst, dass sie sich genauso selbst aufgeben wie ihre Kollegen.“

Die Sud- und CGT-Gewerkschaften bei Renault-Guyancourt haben deshalb zu demonstrativer Solidarität aufgerufen. Am 23. Februar kamen immerhin 2 000 Beschäftigte zu einem Trauermarsch zum Andenken an die toten Kollegen. Auf der Kundgebung wurden die unerträglichen Arbeitsbedingungen und die alltägliche Erpressung der Beschäftigten angesprochen.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Beschäftigten endlich die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes überwinden und sich erfolgreich der Selbst-Verwertungsmaschine verweigern.

aus: SOZ 4/07

